

Katrin Göring-Eckardt

Anja Hajduk

Cem Özdemir

Boris Palmer

Stefan Wenzel

5. Januar 2007

JENSEITS DER LAGER, DIESSEITS DER REALITÄT

Die Zukunft der Grünen während und nach der Großen Koalition

Nach der Wahl (ist vor der Wahl)

Es gibt keinen Zweifel, dass sich die Rolle der Grünen nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 geändert hat. Doch darüber, welche Richtung nun einzuschlagen ist, gehen die Meinungen auseinander. Wohin mit den Grünen? Die Vorschläge der letzten Monate reichen von pragmatischem Machtanspruch bis hin zu idealistischer Bekenntnispolitik. Während die einen die Idee der „linken Mehrheit“ vertreten, fordern andere eine radikale, „urgrüne“ Selbstbestimmung, wieder andere eine „Hau drauf“-Politik, welche die Große Koalition attackiert, wo es nur geht. Oder will man eine „konzeptionelle Opposition“, die sich als Korrektiv zum kleinteiligen „Stellschrauben“-Minimalismus der Großen Koalition profiliert? Je nach Sichtweise ist dann die FDP oder die Union oder die PDS der neue politische Hauptgegner. In dieser nach wie vor anhaltenden strategischen Unübersichtlichkeit hilft ein nüchterner Blick auf das Wahlergebnis. Erstens: Die Zeit der „natürlichen“ Lagerbildung ist vorbei, wir leben auf Bundesebene zumindest auf mittlere Sicht in einem real existierenden 5-Parteien-System. Zweitens: Die SPD ist nach wie vor wichtigster Konkurrent im Kampf um Wählerstimmen, 1,6 Millionen Wählerinnen und Wähler sind bei der letzten Bundestagswahl zwischen SPD und Grünen gewandert, bei einem grünen Zugewinn von 140.000 Stimmen. Drittens: Für Grünen-Wählerinnen und Wähler waren die „postmaterialistischen“ Themen Ökologie und soziale Gerechtigkeit von herausragender Bedeutung. Viertens: Der Zuspruch für jene Parteien, die man (noch) Volksparteien nennt, sinkt dramatisch; bei der Bundestagswahl wählten weniger als 50 Prozent der Wahlberechtigten Union und SPD. Neue Untersuchungen zeigen zudem einen drastischen Mitgliederschwund der beiden großen Parteien – 40 Prozent weniger bei der SPD, 25 Prozent weniger bei der CDU seit 1990. Und aus Umfragen geht hervor, dass jeder zweite Bürger an

ein Scheitern der Großen Koalition vor 2009 glaubt. Schon regen sich Vorwürfe gegen die Politik insgesamt. Das Versagen der Großen Koalition wird als Versagen der Politik als solcher wahrgenommen. Die fehlende Lager- oder Mehrheitsalternative erzeugt ein Vakuum an realisierbaren Politikalternativen. Zugleich scheint der innere und äußere Druck auf die Regierenden nicht allzu groß. Die Binnenkonjunktur zieht an und bei den Veränderungen in der internationalen Politik spielt Deutschland bisher nur am Rande eine Rolle, auch wenn große Hoffnungen auf die EU-Ratspräsidentschaft gesetzt werden. Und wieder einmal wird Hau-Ruck-Politik verlangt und das Mehrheitswahlrecht als Lösung der Probleme diskutiert. Soweit eine erste Situationsanalyse. Was folgt nun daraus?

Inhalt vor Klientel. Die Grünen als Wertepartei und politischer Seismograph

Aufgeregte Koalitionsdebatten, bei denen täglich aufs Neue Personen und Parteien wie beim Schachspiel verschoben werden, helfen nicht weiter. Für die Grünen geht es um inhaltliche Eigenständigkeit, die sich nicht a priori auf bestimmte Koalitionen und „Lager“ festlegt. Was geht und was nicht, wird man sowieso erst sehen, wenn es soweit ist. Bis dahin müssen wir uns anhand von Inhalten und Konzepten auf unsere eigene Stärke besinnen, in einem zweiten Schritt kann dann geschaut werden, wo Gemeinsamkeiten mit den anderen Parteien liegen. Zugleich muss mit diesen Inhalten offensiv ein gesellschaftlicher Machtanspruch formuliert werden, anstatt sich in innerer Machtarithmetik und neuen Flügelkämpfen zu verheddern.

Beim ersten Schritt hilft es, die *inhaltlichen* Motive unserer Wählerinnen und Wähler ernst zu nehmen – denn Personen, das hat die Wahlforschung immer wieder gezeigt, spielen bei der Entscheidung für Grün eine untergeordnete Rolle. Obwohl es sich bei der grünen Wählerschaft um ein *Patchwork* ganz unterschiedlicher Milieus handelt, vereint sie doch alle der Wunsch nach den Grundwerten sozialer und ökologischer Verantwortung. Anders als es uns die Polemik, wonach die Grünen die „neue Partei der Besserverdienenden“ seien, weiß machen will, deutet nichts darauf hin, dass grüne Wählerinnen und Wähler ihr Girokonto oder den Aktienkurs die Wahlentscheidung treffen lassen. Sie wählen aus anderen Motiven heraus als aus bloßem Eigeninteresse. Die Grünen sind keine Klientelpartei und werden es niemals sein. Natürlich gibt es gesellschaftliche Gruppen, die sich und ihre Interessen von uns besser vertreten sehen als andere - etwa Ökobauern, Mittelständler im Bereich der erneuerbaren Energien, die Soziokultur-Szene oder Friedensaktivisten. Aber es ist eben nicht eine bestimmte Klientel, deren Motive sich auf einen schlichten gemeinsamen Nenner bringen ließen; keine Klientel in dem Sinne, dass sie sich von anderen gesellschaftlichen Gruppen

durch ihre materiellen Interessen abgrenzen ließe. Die grünen Wählerinnen und Wähler bilden eine offene, keine geschlossene Gesellschaft.

Die Bundestagswahl liegt nun schon über ein Jahr zurück, deshalb sollten wir uns daran erinnern: Die, die uns gewählt haben, wissen, dass Werte auf Dauer wichtiger sind als das Volumen des eigenen Geldbeutels; sie eint der Glaube an eine bessere Gesellschaft, an Verbindendes, an Chancengerechtigkeit, daran, dass jede und jeder in unserer Gesellschaft wichtig ist und gebraucht wird. Gerade in unsicheren Zeiten schauen unsere Wählerinnen und Wähler ganz genau hin, wenn es um die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt geht und erwarten keine naive Kuschelpolitik, die real existierende Spannungen - etwa in der multikulturellen Gesellschaft - leugnet. Grüne sind für eine Vielfalt der Lebensformen, sind aber skeptisch gegenüber dem Pathos des liberalen Individualismus, bei dem die Frage danach, was die Gesellschaft zusammenhält, gar nicht mehr auftaucht. Man könnte diese grüne Grundhaltung als „solidarischen Individualismus“ bezeichnen. Sie bildet das ideelle Fundament der Partei.

Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von uns deshalb mehr als taktisches ‚Klein-Klein‘ und bloße Korrekturen an den Fehlleistungen der Großen Koalition. So wichtig gute wirtschaftspolitische Konzepte sind: Unsere Wählerinnen und Wähler wollen, dass wir die ‚harte‘ ökonomische Agenda mit ‚weichen‘ Themen verbinden und neben der ökonomischen Kompetenz auch eine Wertekompetenz anzubieten haben - Realpolitik plus Werte gewissermaßen.

Deshalb haben wir ein Seismograph für Erschütterungen in der Gesellschaft zu sein und grundlegende Spannungen schneller als die anderen Parteien aufzuspüren. Gesellschaftliche Themen, die auf die Agenda einer kreativen und weitsichtigen Politik gehören, gibt es derzeit genügend: Kinderarmut und -vernachlässigung, Perspektivlosigkeit von Jugendlichen, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Folgen des demographischen Wandels, eine bis in die Mittelschicht hineinreichende Unsicherheit, prekäre Arbeitsverhältnisse und Unterbezahlung der „Generation Praktikum“, moderne ökologische Politik, die Energiefrage, der Klimawandel, der Umgang mit Rohstoffen und moderner Technologie, Bildung als Vermittlung sozialer und kultureller Kompetenzen und als Mittel zur Herstellung von Chancengerechtigkeit, Erhalt öffentlicher Güter, soziale Exklusion, Integration und multikulturelle Demokratie usw. Aufgabe der Grünen ist es, in all diesen Bereichen ein

modernes Gesellschaftsmodell mit neuen ‚Suchbildern‘ des Zusammenlebens zu entwerfen und Konzepte zu erarbeiten, die tragfähig und finanzierbar sind.

Die neue Unabhängigkeit

Die zweite wichtige Konsequenz aus den Entwicklungen und Debatten seit der Bundestagswahl lautet: Die Grünen sind wie keine andere Partei bei inhaltlichen Debatten unabhängig. Das mühselige und ermüdende Gezerre in der Großen Koalition zeigt, wie schwer es den so genannten Volksparteien fällt, einen Schritt zurück zu treten, und einen Blick auf die zu lösenden Grundprobleme zu wagen. Anstatt sich auf der Höhe der gesellschaftlichen Situation zu bewegen, schielen sie in vorseilendem Gehorsam nach den besten Ausgangspositionen für die nächsten Wahlen. Und die anderen Oppositionsparteien? Die FDP macht opportunistische Dienstleistungspolitik für ihre so genannte Leistungselite und versucht mit populistischen Tricks, sich als die einzig wahre Oppositionspartei darzustellen - siehe die Debatte um den Libanon-Einsatz der Bundeswehr. Die PDS/WASG dagegen misst den Erfolg ihrer Politik an staatlichen Umverteilungsgeldern, ohne ein tragfähiges Konzept zur Bekämpfung der sozialen Exklusion anbieten zu können – ganz im Gegenteil: In Berlin hat sich unter Mitregierung der PDS die soziale Lage in Kitas und Schulen sogar verschärft. Von den kruden außenpolitischen Vorstellungen der PDS ganz abgesehen.

Während andere Parteien gesellschaftliche Konflikte anhand eingefahrener, oftmals überkommener Frontlinien definieren, können die Grünen, weil sie nicht an eine Zielgruppe mit bestimmten materiellen Interessen gebunden sind, die gesellschaftliche Situation unabhängiger beurteilen. Ein Beispiel: Während die SPD nach wie vor noch an der alten Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit entlang denkt und handelt, haben die Grünen längst erkannt, dass die zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Zukunft sich darum drehen werden, welche Güter und Infrastrukturen öffentlich und welche privat finanziert werden. In der Bildungspolitik, in der Gesundheitspolitik, in der Kulturpolitik und anderswo sind deshalb politische Maßstäbe zu entwickeln, mit denen dieser neue Zentralkonflikt konstruktiv gestaltet werden kann. Die Grünen als unabhängige Partei können hier zum Vermittler werden, der zwischen den beiden falschen ‚Ps‘ moderiert, zwischen den zwei Extremen der blinden Privatisierung und des staatlichen Paternalismus. Unser starkes Bewusstsein von der Bedeutung öffentlicher Güter für den Zusammenhalt der Gesellschaft würde in dieser Moderation eine wichtige Rolle spielen.

Kernkompetenzen, Alleinstellungsthemen und notwendige Zukunftsstrategien:

Ökologie, soziale Gerechtigkeit, Integration, Feminismus, nachhaltige Finanzpolitik

Diese inhaltliche Unabhängigkeit gilt es zu profilieren und vermitteln, anstatt den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen und sich im ‚Klein-Klein‘ der Frage zu verfangen, welche Kompromisse in neuen (Dreier-)Bündnissen gemacht werden könnten und welche nicht. Logisch und strategisch hat die inhaltliche Positionierung immer vor der Machtfrage zu stehen. Das heißt nicht, dass die Machtfrage nachrangig wäre, sie ist einfach die zweite Frage, deshalb aber nicht die unwichtigere. Und hier haben die Grünen aufgrund ihrer Unabhängigkeit viel zu bieten. In der aktuellen politischen Gemengelage zeigt sich, dass die grüne Partei zu einem unvoreingenommenen und konsequenten politischen Agenda-Setting fähig ist. Wer kümmert sich außer den Grünen um ökologische Themen, ohne sie vorschnell ökonomischen Imperativen unterzuordnen? Was haben die anderen Parteien Konstruktives zu Armut und sozialer Exklusion zu sagen? Wer hat anspruchsvoll-nachhaltige Konzepte zur Integration von Migranten anzubieten? Wo gibt es Ideen für einen neuen, modernen Feminismus? Antworten auf diese Probleme sind drängend und dringlich, werden aber im politischen Diskurs durch Scheindebatten an den Rand verbannt. Dabei handelt sich hier aber keineswegs um Luxusthemen, um die sich nur Gedanken macht, wer es sich leisten kann. Es handelt es sich um die zentralen Fragen der öffentlichen Verantwortung der Politik.

Ökologische Innovation und Umwelt als Wert an sich und kultureller Gesamtauftrag

Auch das klassische grüne Thema Ökologie ist keineswegs ein „Retro-Thema“, das in Zeiten der ökonomischen und fiskalischen Krise nachrangig behandelt werden darf. Es war richtig, dass die Grünen ihren alten Öko-Alarmismus aufgegeben haben und pragmatischer wurden, um Ökonomie und Ökologie – wo es denn möglich ist – zu versöhnen. Die Ökosteuer, die zur Senkung der Rentenbeiträge führte, ist hier das prominenteste Beispiel. Doch gerade jetzt scheinen einige der apokalyptischen Szenarien tatsächlich einzutreffen. Der Ölpreis droht ins Unermessliche zu steigen - auch wenn er zwischenzeitlich mal wieder sinkt - und macht damit die Energiefrage immer mehr zu einer ganz zentralen sozialen Frage. Umweltkatastrophen nehmen weiter zu, die Gletscher schmelzen ab, der Zugang zu Wasser wird global zu einer zentralen Verteilungsfrage usw. Und dass die Eisbären aussterben, ist mehr als nur ein symbolisches Sinnbild: Es zeigt, dass unsere ökologische Vielfalt ernsthaft bedroht ist. Die pragmatisch-ökonomische Argumentation für eine ökologische Politik greift an dieser Stelle ganz offenbar zu kurz: Das Argument, dass die Bewahrung der Eisbären „Arbeitsplätze

schaft“, klänge abwegig. Das zeigt: Ökologische Politik kann auch heute mit gutem Recht Natur und biologische Vielfalt wieder als Selbstzweck und Wert an sich behaupten, anstatt Ökologie vorschnell der instrumentell-ökonomischen Vernunft unterzuordnen. Das heißt nicht, zum alten Alarmismus zurückzukehren. Aber als echte grüne Kernthemen müssen ökologische Fragen unter Umständen auch von wirtschaftspolitischen Imperativen gelöst werden, sozusagen mehr Autonomie erlangen. Die Bewahrung der Schöpfung muss nicht pragmatisch begründet werden, sie ist ein Zweck an sich. Die keineswegs reaktionäre Renaissance des Begriffs Heimat weist darauf hin, wie wichtig vielen Menschen die Bewahrung dessen ist, was uns umgibt. Moderne ökologische Politik kann entsprechend selbstbewusst auftreten, anstatt sich immer vor anderen politischen Zielsetzungen rechtfertigen zu müssen.

Zugleich lassen sich gerade in der Ökologie die werteorientierte Verantwortung für die Zukunft und technologisch-wissenschaftliche Innovation verbinden. Obgleich beide oft noch als Widerspruch gesehen werden: Um die großen ökologischen Probleme zu bewältigen, brauchen wir nicht weniger sondern mehr Innovation. Die Nutzung erneuerbarer Ressourcen und neue Formen der Wärmeproduktion und Energieeffizienz bedürfen mehr Forschung und einer modernen Technologiepolitik. Aufgabe der Grünen ist es dabei, dem wissenschaftlich-technologischen Fortschritt nicht blind zu folgen, sondern Werte und Orientierungsmarken für die Innovation zu formulieren. Zugleich bleibt die politische Aufgabe, Anreize für innovative Entwicklungen zu schaffen. Dabei sollten wir langfristig auch die praktische Macht der Kunden nicht unterschätzen. Immer noch spielen beim privaten Konsum – beim Kauf von Kleidung, Spielzeugen, bei der Wahl des Stromanbieters etc. – ökologische Gesichtspunkte eine geringe Rolle. Hier haben die Grünen eine bürgernahe Aufklärungsarbeit zu leisten.

Damit diese werteorientierte Innovationspolitik bei den Menschen nicht technokratisch ankommt, sollten wir einen *erweiterten Umweltbegriff* erarbeiten. Im Zentrum der ökologischen Kernkompetenz der Grünen steht letztlich die Verantwortung gegenüber dem, was uns von der Natur mitgegeben wurde und nicht in unserer unmittelbaren Verfügung stehen sollte. Nicht nur in der Ökologie, auch in der Biomedizin sind es die Grünen, die gegen die Innovationseuphoriker in CDU/CSU, FDP und SPD das Wort ergreifen und auf unvorhersehbare Nebeneffekte und Gefahren hinweisen.

Die kulturelle Umwelt

Grünen-Wählern ist am „guten Leben“ gelegen, an einem Leben mit hoher Lebensqualität, das sich aber nicht auf bloßen Hedonismus reduziert, sondern auch achtsam ist gegenüber dem, was uns umgibt und verloren gehen könnte. Es wäre in diesem Sinne einer lustbetonten und doch zugleich verantwortungsvollen Lebensführung eine spannende Aufgabe, die Bewahrung dessen, was uns umgibt und uns mitgegeben wurde, nicht nur ökologisch, sondern auch als kulturellen *Gesamtauftrag* zu begreifen - und für andere Bereiche der Politik zu bestimmen. Unter den Bedingungen einer beschleunigten Modernisierung und Globalisierung ist schließlich nicht bloß das natürliche, sondern auch das *geistige und kulturelle* Erbe bedroht. Das Wissen um kulturelle Traditionen, historische Erinnerung, Schöpfungen und Werte versteht sich nicht von selbst, sondern muss für kommende Generationen genauso lebendig gehalten werden wie die Vielfalt unserer natürlichen Umgebung. Die kulturelle Vielfalt und der breite Zugang zu Kultur sind aber derzeit massiv bedroht, Museen und Theater müssen schließen, und bei den Bibliotheken sind es jährlich mehrere hundert, die verschwinden. Wir werden Zeuge eines langsamen Aussterbens des traditionellen Wissens – ein Prozess, gegen den auch die beste Google-Suchmaschine nicht hilft.

Mit diesem Verständnis von Umwelt als *geistiger und kultureller* Umwelt lässt sich auch an die derzeitige Renaissance des Begriffs der Kreativität anknüpfen. Es ist ein menschliches Bedürfnis mit eigener Erfindungsgabe und Phantasie auf die Umwelt einzuwirken. Dieses Thema spielt in vielen aktuellen Debatten in der Gesellschaft eine wichtige Rolle – etwa bei den Debatten über „kreative Städte“ oder „Creative Industries“. Dahinter steht der Wunsch nach einem „Stoffwechsel“ mit der Umwelt, der die sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse aktiv mitgestalten kann. Gerade in einer zunehmend als abstrakt erfahrenen Globalisierung steigt das Bedürfnis nach konkreten Gestaltungsräumen, in denen menschliche Kreativität gelebt und erlebt werden kann.

Die Grünen könnten - angeleitet durch ihre ökologische Urkompetenz - zur Stimme der sozialen und kulturellen Umwelt und des kreativen Austausches mit ihr werden und ein Bewusstsein dafür entwickeln, was langfristig verloren geht, wenn man das kulturelle und geistige Erbe und das menschliche Bedürfnis nach kreativer Gestaltung der sozio-kulturellen Umwelt sich selbst beziehungsweise einer politisch kaum noch gesteuerten Deregulierung überlässt. Weil es hier gerade nicht um eigenen und einseitigen Traditionalismus geht,

sondern um kulturelle Vielfalt, um unterschiedlichste äußere Einflüsse auf unser geistiges Erbe, wäre dies ein spannendes Gegenmodell zur Leitkulturdebatte.

Armut und soziale Gerechtigkeit

Beim Thema soziale Gerechtigkeit zeigt sich, dass es allein die Grünen sind, die ein umfassendes Problembewusstsein für Armut, soziale Exklusion und die um sich greifende Angst vieler Menschen, nicht mehr dazu zu gehören, entwickelt haben. Immer mehr Menschen machen die krisenhafte Erfahrung der Verwundbarkeit der eigenen Existenz. Hier entsteht eine kollektive Mentalität, die unter dem Begriff der „Prekarisierung“ öffentlich debattiert wird. Es gibt immer mehr gut ausgebildete Menschen, die in prekären Jobs arbeiten, zugleich treten die ‚klassischen‘ und wesentlich dramatischeren Erscheinungsformen sozialen Ausschlusses immer geballter in Milieus auf, in denen sich Einkommensarmut und Transferbezug, Bildungsferne und Sprachprobleme, Migrationshintergrund und Arbeitslosigkeit konzentrieren. Nimmt man die entsprechenden Zahlen ernst, so droht die dauerhafte Spaltung der Gesellschaft in die „Produktiven“ und die „Überflüssigen“. Das Problem dieser Entwicklung ist aber nicht allein ein ökonomisches: Ebenso dramatisch für den Einzelnen ist das Fehlen gesellschaftlicher Anerkennung, das frustrierende Gefühl, ersetzbar zu sein und nicht mehr gebraucht zu werden. Diese Gemengelage aus materieller und sozialer Armut wurde von SPD und Union verspätet auf die politische Agenda gesetzt, wie ernsthaft, bleibt abzuwarten. Vor allem die massive, sich immer mehr verfestigende Armut unter und mit Kindern und Jugendlichen wurde kaum angegangen. Hier haben die Grünen als erste Konzepte und Gegenstrategien entwickelt. Es passt in dieses Bild, dass von der Großen Koalition zwar viel über den Wettbewerb zwischen den Universitäten zu hören ist - Stichwort ‚Exzellenzinitiative‘ -, aber über den Wettbewerb zwischen Schulen und die Verbesserung ihrer Qualität kaum gesprochen wird - nicht zuletzt wegen des Föderalismuskompromiss, der hier Bundesinitiativen blockiert. Wer die Bildungs- und Arbeitsmarktchancen unterprivilegierter Kinder erhöhen will, muss sich aber dieses Themas annehmen.

Stattdessen versuchen Union und SPD, mit starken Sprüchen über die eigene Untätigkeit hinweg zu täuschen. Mit fatalen Konsequenzen: Wenn Kurt Beck den sozial Unterprivilegierten mangelnde Einsatzbereitschaft und fehlenden Aufstiegswillen vorwirft, dann schließt er diese Menschen weiter aus der Gesellschaft aus, anstatt sie zur aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben zu ermutigen. Dahinter erkennt man eine

repressive Strategie der Armutsbekämpfung (die passender ‚Armenbekämpfung‘ heißen sollte), die auch hinter den immer wieder erklingenden Stimmen aus CDU/CSU nach Leistungskürzungen für Hartz IV-Empfänger steht. Von der FDP ist man solche Töne schon seit langem gewohnt. Gegen diese Stigmatisierungen setzt grüne Politik auf den radikalen Anspruch aller Menschen auf Teilhabe und soziale Bürgerrechte. Eine weit gefasste Idee sozialer Gerechtigkeit, die davon ausgeht, dass jede und jeder gebraucht wird und etwas zum gesellschaftlichen Leben beizutragen hat, ist ein wichtiger Bestandteil des Wertefundaments der Grünen. Sie schreibt die Spaltung der Gesellschaft nicht fort, indem sie Menschen in „Leistungswillige“ und „Leistungsunwillige“ einteilt, sondern benennt klar und deutlich die Bedingungen der Möglichkeit sozialer Teilhabe: Bildung, Zugang zu öffentlichen Gütern, zu öffentlichen Räumen der Befähigung und Anerkennung – gerade für Kinder und Jugendliche. Vom klassischen, alimentierenden Versorgungsstaat, wie er PDS/WASG immer noch als Ideal vorschwebt, unterscheidet sich diese grundlegende Konzeption sozialer Gerechtigkeit radikal. Es geht uns um eine auskömmliche materielle Grundversorgung einerseits und das Recht auf Beteiligung durch Bildung, Qualifizierung oder Beschäftigung andererseits. Nur wenn beides zusammenkommt, kann tatsächlich von Grundsicherung die Rede sein.

Integration und multikulturelle Gesellschaft

Von Anfang an haben sich die Grünen für die Rechte von Migrantinnen und Migranten, Zuwanderern und Flüchtlingen engagiert. Weltoffenheit statt Abschottung ist eine grüne Grundidee. Angesichts von offen vorgetragener oder versteckter Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz versteht sich die grüne Partei als Anwalt der Rechte von Migrantinnen und Migranten. Was wäre Deutschland ohne seine Einwanderer und deren Nachkommen, unseren neuen Inländern? Vielfalt und Toleranz sind deshalb maßgebliche Werte für uns. Aber das ist nicht alles. Wir schauen auch genau hin und fragen, wo Integration nicht gelingt und Grundrechte verletzt werden. Wir verstehen Migranten als (potenzielle) Staatsbürger unseres Landes – mit Rechten und mit Pflichten. Das ist keine Absage an den Multikulturalismus, der in Deutschland ohnehin de facto existiert, sondern dessen intelligente Weiterentwicklung. Deutschland ist nicht erst seit gestern ein Einwanderungsland. Verschiedene Herkünfte, verschiedene Traditionen, verschiedene Lebensarten und Kulturen bereichern unsere Gesellschaft. Für ein gelingendes Zusammenleben brauchen wir jedoch das Engagement aller Seiten.

Der repressiven und rückwärtsgewandten Ausländer- und Einwanderungspolitik der Union muss etwas entgegengesetzt werden. Wir Grünen haben das Staatsangehörigkeitsrecht reformiert und uns für ein zukunftsfähiges Einwanderungsgesetz eingesetzt. Zugleich haben wir unsere integrationspolitischen Ansätze der Vergangenheit kritisch hinterfragt. Ein gesellschaftlicher Integrationsvertrag, wie wir ihn vorschlagen, benennt daher klar die Erwartungen an die Migrantinnen und Migranten genauso wie die notwendigen Veränderungen in der aufnehmenden Gesellschaft. Dabei stehen sich beide Gruppen jedoch nicht etwa dualistisch gegenüberstehen, wie die Formel von „Migranten und Mehrheitsgesellschaft“ bzw. „gesellschaftlicher Integrationsvertrag“ möglicherweise suggeriert, sondern sie vermischen sich.

Der Kenntnis der deutschen Sprache (am besten gemeinsam mit der Muttersprache) ist nicht alles, aber ohne sie kann eine erfolgreiche Integration kaum stattfinden. Gerade für Neu-Einwanderer und die nachfolgende Generation der ehemaligen Gastarbeiter ist die Kenntnis der deutschen Sprache eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Nicht vergessen werden darf, dass eine gemeinsame Sprache auch die Voraussetzung für gemeinsame Konfliktlösungen in einer demokratischen Zivilgesellschaft ist.

Schutz von Menschen mit Migrationsgeschichte heißt für uns nicht nur Schutz vor Rassismus, sondern mitunter auch der Schutz von Minderheitenangehörigen vor ihrer eigenen Minderheit. Dazu gehört die Bekämpfung von Ehrenmorden genauso wie die klare Absage an Zwangsehen und Schutzgelderpressungen durch die verbotene PKK und andere extremistische Organisation. Das Recht auf Andersartigkeit gilt nicht nur gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch gegenüber der eigenen Community, ob für Mann und Frau, Schwule und Lesben, Gläubige und Atheisten, Kopftuchbefürworter oder -gegner. Vielfalt gilt für uns in alle Richtungen. Wie auch in anderen Bereichen bieten die Grünen hier ein erweitertes Konzept zur Integration der Zuwanderer in unser Land an, ein Konzept, das alle Bereiche einschließt: Spracherwerb, Bildung, Zugang zum Arbeitsmarkt, politische Teilhabe und die Auseinandersetzung mit Kultur und Religion der Migrantinnen und Migranten.

Die Einbürgerung des Islam in Deutschland ist dabei ohne Alternative, wenn es darum geht, die religiösen Bedürfnisse eines Großteils der Migranten ernst zu nehmen. Nur so können

Verständigung und Dialog entstehen. Wir streben die rechtliche Gleichstellung des Islam mit den anderen großen Religionsgemeinschaften in Deutschland an. Der Religionsunterricht sollte in deutscher Sprache und die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern an deutschen Hochschulen stattfinden.

Eine Integrationspolitik, die nicht bevormundend sein will, soll und darf auch von den Migranten selbst etwas erwarten – wie von jedem anderen Bürger auch. Wir brauchen einen aktiven Beitrag jener mittleren Migrantengeneration der 30-40-Jährigen, die hier geboren wurde und oft gut integriert ist. Auch sie sollten sich um die gelingende Integration nachwachsender Generationen bemühen. Gerade die Jüngeren brauchen positive Vorbilder, erfolgreiche mittelständische Unternehmer zum Beispiel. Viele Frauen und Männer aus der mittleren Migrantengeneration haben ein modernes Gesellschaftsbild und können der Vermittlung tradierter Rollenmuster entgegen wirken und ihre Töchter zu selbstbewussten Frauen erziehen. Ob mit oder ohne Kopftuch bleibt dann zweitrangig.

Wir sollten uns in der Debatte vor (moralischer) Überheblichkeit in Acht zu nehmen und nicht vergessen, dass in Deutschland noch in den fünfziger Jahren Ehen zwischen evangelischen und katholischen Partnern als „Mischehen“ bezeichnet wurden. Zudem müssen wir positive Entwicklungen offensiv würdigen – etwa die Grundschule Kleine Kielstraße in Dortmund, die kürzlich den Deutschen Schulpreis 2006 erhielt. Dort ist mit viel Engagement der Eltern von Migrantenkindern Integration gelungen. Dieses Beispiel zeigt wie viele andere: Wenn es die Möglichkeit gibt, dann lassen sich Migrantenfamilien gerne in die schulischen Vereinbarungen einbeziehen.

Bei der Verständigung über Regeln und Verbindlichkeiten des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist unsere Verfassung selbstverständliche Grundlage. In diesem Sinne ist von leitenden Werten zu sprechen, die die Gleichberechtigung von Frau und Mann ebenso beinhalten wie die Meinungsfreiheit. Eine immer wieder aufgewärmte Leitkulturdebatte aber, die auf Abgrenzung setzt, schadet unserer Gesellschaft. Wir brauchen eine Debatte in Deutschland, die die Vielfalt positiv beschreibt und Offenheit einfordert. Hinter der Frage der Integration von Migranten steht die grundlegende Frage, welches Verständnis die so genannte „Mehrheitsgesellschaft“ von sich selbst hat. Wirklich attraktiv für Migrantinnen und Migranten kann diese Gesellschaft nur dann sein, wenn sie ein positives Selbstbild hat. Nur wenn wir selbst nicht „politikmüde“ sind, sondern uns als aktive und lebendige Demokratie

begreifen, können wir auch die, die hinzukommen, für gesellschaftliches und politisches Engagement gewinnen.

Gleichstellungspolitik und neuer Feminismus

Es scheint so, als ob Deutschland mit einer Bundeskanzlerin den letzten Schritt zu Gleichberechtigung und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern gewagt hätte. Aber eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Wir sind von wirklicher Gleichberechtigung der Geschlechter noch immer weit entfernt, auch wenn die Generation der heute 40-jährigen geglaubt hat, die Gleichberechtigung würde quasi von selbst kommen. In der Ausbildungsphase sind die Wege von Männern und Frauen noch gleich, aber mit dem ersten Kind oder dem Anspruch der Frauen auf Führungspositionen verliert sich Gleichberechtigung schnell in alten Rollenmustern. Es sind daher die alten Fragen der Frauenbewegung, die sich immer wieder neu stellen. Die Grünen haben für dieses Thema traditionell eine hohe Sensibilität und ein klares Profil, nicht nur wegen der Quote und dem überdurchschnittlich hohen Frauenanteil in der Bundestagsfraktion. Wir sollten uns diesem Thema mit neuem Idealismus widmen, um einen gesellschaftlichen Backlash zu verhindern und auch dem Letzten verständlich zu machen, dass Frauenpolitik nichts mit „Gedöns“ zu tun hat und vor allem nicht mit der Familienpolitik erledigt ist. Es geht längst nicht mehr darum, eine feministische Front *gegen* die Männer aufzubauen - obschon das manch eingeschwoeren Männerseilschaften durchaus gelegen käme. Die Aufgabe eines *neuen, modernen Feminismus* besteht vielmehr darin, die Themen Chancengerechtigkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf gemeinsam und komplementär anzugehen. Im Gegensatz zu anderen Parteien haben wir auch hier immer schon ein erweitertes Konzept von Frauenpolitik vertreten, nämlich eines, das Gleichstellungsfragen auch, aber nicht ausschließlich unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrachtet. Für Grüne zählen Frauen als Frauen und nicht nur als Mütter, die arbeiten wollen oder sollen. Wir wollen Chancen- und Teilhabegerechtigkeit für alle Frauen - dass gleiche Aufstiegschancen für Frauen in der Wirtschaft existieren und sie nicht kurz vor der Führungsposition an die gläserne Decke vor der Chefetage stoßen. Auch wenn es immer nur ein Mittel zum Zweck ist: Warum verabreden nicht auch Wirtschaftsunternehmen verbindlich einen Frauenanteil in bestimmten Positionen – solange die Gleichberechtigung von Frauen noch nicht selbstverständlich ist? Der Vorhalt jedenfalls, dass Frauen bestimmte Führungs- und Machtpositionen gar nicht anstrebten, kann erst dann legitim sein, wenn es tatsächliche Chancen dazu gibt. Die Führungsetagen der DAX-Unternehmen, die Chefredaktionen der großen Zeitungen und die Spitzen deutscher

Hochschulen können gar nicht so unattraktiv sein, dass sich keine Frauen fänden, diese Jobs zu machen – wenn man es denn wollte und wenn es so sein sollte.

Nachhaltige Finanzpolitik

Grüne Finanz- und Haushaltspolitik setzt konsequent auf Zukunftsinvestitionen wie zum Beispiel in Bildung, Forschung, ökologische Modernisierung und Entwicklungszusammenarbeit. Um die finanziellen Handlungsspielräume dafür zu gewinnen, ist das zentrale Ziel, ausgeglichene öffentliche Haushalte zu erreichen. Damit stellen wir uns auch in der Finanzpolitik der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Wie keine andere Partei stehen die Grünen für die Erhaltung der Lebensgrundlage sowie die Sicherung der Chancengerechtigkeit kommender Generationen. Dieser Gedanke der Nachhaltigkeit schließt die Sicherung finanzieller Handlungsspielräume in der Zukunft ausdrücklich mit ein. Dafür müssen wir uns verabschieden von wirtschaftstheoretischen Dogmen aus vergangenen Jahrzehnten. Wir müssen vielmehr feststellen, dass eine überwiegend auf die Ausgabenseite orientierte antizyklische Haushaltspolitik unter den gegebenen Rahmenbedingungen gescheitert ist. Aber auch eine Strategie der Konsolidierung konnte nur begrenzte Erfolge vorweisen. Konjunkturelle Krisen und unvorhergesehene Ereignisse - wie der Terrorakt am 11. September 2001 mit allen seinen weltwirtschaftlichen Auswirkungen - haben alle Konsolidierungsanstrengungen stets auf halbem Weg zum Abbruch gebracht. Die Folge: Seit Jahrzehnten werden ungedeckt und sich wechselnden wirtschaftstheoretischen Überbaus mal mehr und mal weniger Schulden, aber auf jeden Fall immer neue Schulden gemacht. Seit mittlerweile 36 Jahren konnten auf Bundesebene keine Haushaltsüberschüsse mehr erzielt werden. Die ungebrochene Schuldenaufnahme in den vergangenen Jahrzehnten gibt damit den zukünftigen Generationen eine schwere Hypothek mit auf den Weg. Zusätzlich belastet werden ihre Handlungsspielräume durch die in der Gegenwart abgegebenen milliardenschweren sozialpolitischen Leistungsversprechungen für die Zukunft. Insbesondere die noch einzulösenden Renten- und Pensionsverpflichtungen werden erst in einigen Jahrzehnten ihre volle finanzielle Belastung entfalten. Auf Grund der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung werden dadurch gerade die umlagenfinanzierten Sozialversicherungssysteme in Zukunft vor noch zu lösenden Herausforderungen stehen.

Die beschriebenen Aufgaben machen deutlich, dass wir in der Finanz- und Haushaltspolitik verbindliche Geschäftsprinzipien festlegen müssen: Wir dürfen in der Gegenwart nicht mehr verbrauchen, als wir erwirtschaften können. Dieser urgrüne Leitgedanke wurde in der

Vergangenheit über alle Parteigrenzen hinweg oft leichtfertig ignoriert. Aktionistische Ad-hoc-Maßnahmen mögen zwar populär sein und kurzfristigen politischen Nutzen bringen, widersprechen aber der bündnisgrünen Idee einer nachhaltigen Politik.

Wir brauchen daher neue verfassungsrechtliche Verschuldungsregeln, wie zum Beispiel eine gesetzlich verankerte Schuldenbremse. Dadurch soll die Ausgabenhöhe von den zu erwartenden Einnahmen und einem Konjunkturfaktor bestimmt werden. In der Konsequenz müssen in wirtschaftlich guten Zeiten die Ausgaben unterhalb der Einnahmen liegen. In Zeiten wirtschaftlicher Stagnation dürfen im Gegenzug die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Durch diese neue Ausgabenregel wird die im Art. 115 GG formulierte Verschuldungsgrenze ersetzt. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die derzeit bestehenden verfassungsrechtlichen Schranken kein geeignetes Instrument darstellen, um wachsende Schuldenberge zu verhindern – im Gegenteil. Die Große Koalition besitzt die entsprechenden Mehrheiten um den verfassungsrechtlichen Rahmen neu zu definieren. Jetzt muss sie noch den notwendigen Mut aufbringen, um die haushaltsrechtlichen Grundlagen an die Zukunft anzupassen.

Haushaltskonsolidierung ist für Grüne kein Selbstzweck, sondern ein wesentlicher Bestandteil der bündnisgrünen Zukunftsstrategie. Diese umfasst auch eine Aufgabenkritik, sowie eine Neudefinition staatlicher Prioritäten. Ausgaben sind nach ihrer Qualität für zukünftige Generationen zu bemessen. Dafür muss ein Indikator verankert werden, der staatliche Ausgaben nach ihrer Wirkung für Wachstum und Nachhaltigkeit bemisst. Ein dadurch definiertes wachstums- und nachhaltigkeitswirksames Budget (WNA-Budget) umfasst beispielsweise auch Investitionen in Forschung, Bildung und Umwelt. Dadurch lassen sich transparente Zielmarken für einen zukunftsfähigen Haushalt definieren.

Zukunftsgestaltende Ausgaben setzen auf der anderen Seite entsprechende Einnahmen voraus. Um die Einnahmensituation zu verbessern und gleichzeitig mehr Steuergerechtigkeit sicher zu stellen, setzen wir uns vorrangig für den Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen ein. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben der sozialen Sicherung sind verstärkt über Steuermittel zu finanzieren, um den Faktor Arbeit zu entlasten und Beschäftigungsimpulse zu setzen.

Bündnisgrüne Finanzpolitik stellt die zukünftigen Herausforderungen in den Mittelpunkt. Dabei handelt es sich nicht um die Entfaltung eines Generationenkonfliktes, sondern um die konsequente Fortsetzung der urgrünen Idee, kommenden Generationen die gleichen Startchancen zu ermöglichen. Nachhaltige Haushaltspolitik bedeutet der Einstieg in einen grünen Zukunftshaushalt – ein wesentliches Markenzeichen der Grünen.

Koalitionen und Rollenspiele. Die Grünen als Verstärker der Wertedebatte

Mit der letzten Bundestagswahl und der Großen Koalition ist die Zeit der Lager vorbei. Wer von den jetzigen Oppositionsparteien die Große Koalition ablösen will, muss sich für Bündnisse mit beiden Volksparteien bereit halten. Öffnung für neue Bündnisse und hin zu neuen, auch bürgerlichen Wählerschichten lautet das Gebot der Stunde für die Grünen. Die neue Unabhängigkeit und das Ende der Lager bedeuten auch, dass „Rot-Grün“ eine Option unter anderen ist – die aber im Bund wahrscheinlich kaum zur Regierungsbildung ausreichen wird. Gewinner der Wahl ist die politische Kultur, weil nun viel offener jenseits von Lagergrenzen debattiert werden kann. Aufgrund ihrer Debattenkultur, vor allem aber aufgrund ihrer starken Werteorientierung, sind die Grünen gut gewappnet für die nun angebrochene Phase der offenen Bündnisse – eben weil der Wunsch nach gesellschaftlichem Zusammenhalt und ökologischer Verantwortung quer zu Einzelinteressen liegt. Bei den Abgeordnetenhaus-Wahlen in Berlin zeigte sich dies sehr deutlich: Die Grünen sind hier in vielen Punkten, je nach Thema, „bürgerlicher“ als die CDU/CSU und „linker“ als die PDS. Im Kern stehen die Grünen für eine am Gemeinwohl orientierte Politik. Neue Flexibilität bedeutet somit gerade nicht, dass die Partei endlos biegsam wird, in promiske Beliebigkeit abgeleitet und mit jedem kann – mit einer CDU à la Roland Koch beispielsweise, die Stimmung gegen Minderheiten macht, ist eine Koalition nach wie vor undenkbar. Unterschiede zu den anderen Parteien lassen sich benennen, das oftmals bemühte Bild von den „Lockerungsübungen“ verfehlt deshalb den Kern der aktuellen Debatte, in der es sehr wohl um handfeste inhaltliche Konzepte geht. Die grüne Agenda schafft hier eine inhaltliche Grundlage mit deutlichen Konturen für kommende Koalitionsverhandlungen.

In öffentlichen und internen Diskussionen wird deutlich, dass unsere Wählerinnen und Wähler den verschiedenen Bündnisoptionen „Ampel“, „Jamaika“ und „Kuba“ recht unaufgeregt gegenüberstehen. Überhaupt schauen die meisten unserer Wählerinnen und Wähler, alte wie junge, genau hin, welche grünen Ideen in den jeweiligen Allianzen umgesetzt werden können – dies ist der Sinn der Formel „Inhalte vor Macht“. Diese

unideologische und unabhängige Haltung macht die Grünen zu der Partei, an der bei neuen Regierungsbündnissen jenseits der Großen Koalition kein Weg vorbeiführt.

Die Frage, mit wem wir in Zukunft können und wollen und mit wem nicht, muss deshalb nicht nach dem Entweder/Oder-Prinzip beantwortet werden. Je nach Konstellation können die Grünen unterschiedliche Rollen einnehmen: In einer Koalition mit der Union wären die Grünen die linke Stimme, sie stünden für das soziale Gewissen ebenso wie für eine ökologische Wachstumskritik, für den Schutz der Bürgerrechte und die politische Gestaltung der Globalisierung. Im politischen Dialog mit der Union könnten die Grünen die Union dazu antreiben, wieder intensive Wertdebatten zu führen und ihren neoliberalen Flügel zu marginalisieren. Umgekehrt böte eine Öffnung zu den Grünen der Union die Chance, ihre Modernitätsdefizite bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern dauerhaft zu überwinden. Das neue Bürgertum, von dem allerorten die Rede ist, wünscht sich ja beides: Sinnstiftende Wertedebatten *und* eine moderne, weltoffene Gesellschaft - wobei letztere nicht auf Kosten sozialer und ökonomischer Sicherheit gehen soll. In einer Koalition mit der SPD würde sich die Rolle der Grünen anders darstellen: Hier müssten die Grünen hingegen viel stärker die Werte (neu-)bürgerlicher Milieus vertreten und der sozialdemokratischen Staatsgläubigkeit mit der Tendenz zu traditionellem Egalismus entgegentreten. Zivilgesellschaftliches Engagement, Bürgerarbeit, individuelle Freiheiten und Bürgerrechte wären Themen, mit denen sich die Grünen gegen Etatismus und Korporatismus der Sozialdemokraten profilieren könnten. Eine Kinderpolitik, die Kinder als Bürgerinnen und Bürger mit eigenständigen Rechten sieht und nicht nur mit solchen Rechten, die sich von ihren Eltern ableiten, unterscheidet uns von der SPD ebenso wie die Anerkennung unterschiedlicher Chancen und Möglichkeiten: Es ist nicht die Frage, ob jede und jeder durch Bildung und Anstrengung aufsteigen kann, sondern ob jeder und jedem die bestmögliche Chance dazu überhaupt geboten wird. Die Philosophie der selbstbestimmten Teilhabe einer jeden und eines jeden steht gegen die eines Staates, der immer schon weiß, was gut für den Einzelnen ist – und deshalb alle über einen Kamm schert. Ob mit Union oder SPD – die Grünen wären in beiden Koalitionen jedenfalls ein Verstärker dieser Grundphilosophie und ihrer Werte, mit je unterschiedlichen Schwerpunkten. Dabei sollte – trotz aller Unterschiede und Spannungslinien – die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, dass sich mit der SPD eine nächste Chance ergibt, zum Beispiel wenn die PDS/WASG nicht in den Bundestag käme. Eine neue Zusammenarbeit hat dann natürlich mehr zu sein als Vergangenheitsbewältigung.

Da Lernen zur Politik dazugehört, könnte es ja sein, dass die SPD eines Tages in den genannten Punkten von ihren bisherigen Positionen abweicht. Auch sollten wir uns darüber freuen, dass der von uns gegen die SPD erkämpfte Atomausstieg von der SPD weiterhin verteidigt wird. An diese inhaltliche ‚Treue‘ ließe sich vielleicht eines Tages anknüpfen- denn Zweierkoalitionen sind besser als Dreierkoalitionen und die SPD steht uns in vielen sensiblen Themen immer noch näher als die Union.

Zumutungen und Gräben. Der Materialismus von FDP und PDS/WASG

Größere Probleme ergeben sich für eine postmaterialistische Wertepartei jedoch bei Annäherungsversuchen von FDP oder PDS/WASG. Denn beide sind zutiefst *materialistische* Parteien, die glauben, gesellschaftliche Probleme allein durch die Steuerung von Geldflüssen lösen zu können: Steuerliche Entlastung der Besserverdienenden oder rein materielle Alimentierung der Unterprivilegierten. Die Grünen und ihre Wählerinnen und Wähler glauben nicht an die hier angebotenen einfachen Lösungen - weder an die allmächtige Fürsorge vom ‚Vater Staat‘, noch an das Heilsversprechen der ökonomischen Deregulierung in allen Bereichen. Jedoch hat die FDP offenbar die Realität des Fünf-Parteien-Systems anerkannt: Ihr im Mai 2006 verabschiedetes Ökologie-Papier kann man auch als strategischen Schritt in Richtung Grüne verstehen, bei dem es nicht vorrangig darum geht, in die grüne Stammwählerschaft vorzudringen – dafür versteht die FDP etwa in der Atompolitik und nicht nur hier viel zu wenig von Ökologie - sondern sich langfristig für Grüne bündnisfähig zu machen.

Auch wenn die Hoffnung auf ein Revival des derzeit marginalisierten bürgerrechtlichen Flügels der FDP nicht aufgegeben werden sollte: In ihrer jetzigen Verfassung ist die Westerwelle-FDP für grüne Politik nicht anschlussfähig. Anstatt verzweifelt (und ergebnislos) nach gemeinsamen Projekten mit der FDP zu suchen, sollten wir uns besser der Realität stellen, dass die möglichen Dreier-Bündnisse der Zukunft keine Projekte sondern höchstens pragmatische Allianzen sein werden.

Mit der Partei des „Demokratischen Sozialismus“ ist eine Regierungskoalition auf Bundesebene nicht denkbar - ganz einfach, weil die Partei im Bund gar keine politische Verantwortung übernehmen *will*. Und wenn sie – wie in Berlin – an die Regierung kommt, wird sie sofort übermäßig „realitätstauglich“, der Materialismus führt dann sehr schnell zu Machtopportunismus. Gegen eine Liaison mit der PDS sprechen aber auch schwerwiegende

inhaltliche Gründe: Neben dem schon angesprochenen materialistischen Weltbild ist es ihre selbstgerechte Stimmungsmache, die vor nationalistischen Tönen nicht zurückschreckt und im Namen des „deutschen Volkes“ jegliche internationale Verantwortung von sich weist. „Deutschland muss immer noch in Deutschland verteidigt werden“, rief Oskar Lafontaine bei einer Bundestagsdebatte zu Enduring Freedom. In der Debatte um einen den Frieden sichernden Einsatz deutscher Soldaten im Libanon setzte sich diese politisch verantwortungslose „Ohne uns“-Haltung fort (und fand ausgerechnet in der FDP einen Verbündeten). Dies ist nur eines von vielen Beispielen für die auf nationale Grenzen fixierte Politik dieser Partei, für eine Politik, die in Zeiten der Globalisierung zum Scheitern verurteilt ist. Es ist schon erstaunlich, wie blind die Fans der „linken Mehrheit“ hier auf dem rechten Auge sind – von dem Kulturgraben, der Grüne von traditionalistischen Gewerkschaftlern, globalisierungsfeindlichen Nationalökonomern und geschichtsvergessenen Ostalgikern in der PDS/WASG trennt, einmal ganz abgesehen. Vorstellungen von einer modernen, weltoffenen Gesellschaft sind bei PDS/WASG jedenfalls nicht zu erkennen. Solange sich bei der PDS nicht Grundlegendes ändert, kann sie für die Grünen kein ernsthafter Ansprechpartner für politische Bündnisse auf Bundesebene sein.

Milieus und Experimente

Die Bundestagswahl und die letzten Landtagswahlen zeugen vom immensen Bedeutungsverlust der großen Parteien SPD und Union. Die Grünen haben in dieser Situation den Beweis anzutreten, dass nicht Rechts- und Linkspopulisten vom desolaten Zustand der Großen profitieren, sondern eine wertorientierte Partei. Wenn die Große Koalition noch mehr zum Verschiebebahnhof für faule Kompromisse wird, bei jedem Thema in einen vielstimmigen Chor aus Einzelinteressen und Eitelkeiten verfällt und sich am Ende der zermürenden Debatte auf eine provisorische Politik der Zwischenlösungen beschränkt, dann wird das Bedürfnis nach Werteorientierung und Weitblick steigen. Dafür haben die Grünen ihre Rolle in der Mitte des Parlaments zu nutzen, um stärker als bisher dorthin vorzustößen, wo gesellschaftliche Debatten abseits verfestigter Identitäten und Ideologien geführt werden. Als Partei, die sehr unterschiedliche Milieus anspricht, kommt ihnen in dieser kommenden Wertedebatte eine zentrale Funktion als Vordenker, Vermittler und Ideengeber zu. Die ohnehin falsche Alternative zwischen Funktions- und Werte/Programmpartei stellt sich dann nicht mehr. *Gerade als Wertepartei* haben die Grünen die Funktion, Debatten zu verdichten und zu bündeln und unterschiedliche Bevölkerungsschichten zu integrieren: das urbane Bürgertum in den Großstädten wie das junge Prekariat und die ländliche Bevölkerung, das

junge Milieu in Wissenschaft, Kultur und Medien ebenso wie das ältere ökologiebewusste Bildungsbürgertum. Wo sonst bildet sich die Pluralität der Gesellschaft so gut ab, wie bei den Grünen? Das verpflichtet uns, die Rolle als Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Milieus wahrzunehmen, eröffnet aber zugleich eine Pluralität von realpolitischen Bündnisoptionen.

Wobei eine rot-grüne Koalition zunächst nahe liegender und plausibler ist, da sie sich auf gewachsene Milieus beziehen kann: auf Sozialvereine, Migrantenhilfe-Gruppen, Organisationen der Jugendhilfe usw. Die „neue“ SPD von Kurt Beck dürfte allerdings kein leichter Partner für die Grünen sein; umweltpolitisch nicht (Beck war es, der abschätzig vom „Mopsfledermaus-Wahlkampf“ sprach), auch nicht wegen der altbackenen Wirtschaftspolitik und einer paternalistischen Sozialpolitik, die neuerdings auch vor Pauschalvorwürfen gegen die so genannten „Unterschichten“ und deren angeblich fehlenden Aufstiegswillen nicht zurückschreckt. Vollzieht die SPD ihre ‚Beck-Wende‘ weiter, dann können wir sicherlich SPD-Wählerinnen und -Wähler für uns gewinnen. Andererseits würde dann ein Bündnis mit der SPD schwieriger als bisher. Jedenfalls ist es nicht mehr möglich, „Rot-Grün“ wie 1998 zu einem Projekt mit historischer Mission zu erklären. Die großen Reformweichen hat die rot-grüne Koalition gestellt, heute geht es vor allem um Fragen, bei denen eine unabhängige Orientierung angemessener erscheint als Sendungsbewusstsein. Nachhaltige gemeinsame Projekte mit der SPD wären aus dieser grünen Unabhängigkeit heraus zu (er-)finden.

Nach den Lagern: Was geht wie mit wem?

In Lagern befindet man sich immer vorübergehend, jedes Lager ist dem Begriff nach eine Zwischenstation, kein Dauerzustand. Deshalb ist angesichts der unabhängigen Position, die die Grünen in der neuen Phase „nach den Lagern“ einnehmen, ein realistisches und offenes Nachdenken über mögliche Regierungsbündnisse angemessen und notwendig. Wo geht es hin, wohin kann es gehen? Die – wenn auch kleiner gewordene - Möglichkeit, dass es auch im Fünf-Parteien-System weiterhin zu Zweierbündnissen kommen kann, sollte jedoch nicht außer Acht gelassen werden. Grundsätzlich sind Zweierbündnisse wünschenswerter und praktikabler als Dreierbündnisse.

Vor allem in den Ländern ist dies nach wie vor eine realistische Option. Ein schwarzgrünes Bündnis erscheint dabei auf den ersten Blick interessanter und aufregender, viele Menschen warten darauf, dass es in einem Bundesland erstmals probiert wird und passiert. Das

bundesweite Echo auf das kommunale Bündnis in Frankfurt/Main war deutliches Zeichen dieser Erwartung. Dennoch hat „Rot-Grün“ im Vergleich eine größere Selbstverständlichkeit – mit der Union wären für uns inhaltlich, historisch und gesellschaftlich weitaus höhere Hürden zu überspringen. Natürlich rechtfertigt dies nicht die aufdringliche Patronage vieler SPD-Politiker, die uns immer noch wie ihre „verlorenen Kinder“ behandeln. Solche Annäherungsversuche prallen an einer unabhängigen Partei wie den Grünen sowieso längst ab.

Die Zeit der Projekte ist mit dem Ende der Lager Vergangenheit. Dennoch gibt es neben dem vitalen grünen Gestaltungswillen Gründe, sich auf eine Koalition mit einer der beiden großen Parteien einzulassen – unabhängig davon ob noch jemand dazu kommt und wer unter welchen Bedingungen. Deshalb wollen wir abschließend der Frage nachgehen, welche inhaltliche Konstellation sich für uns in Bündnissen mit den beiden ‚Großen‘ ergäbe. Welche Hürden wären bei den genannten Themen Ökologie, soziale Gerechtigkeit, Migration und Integration Feminismus und nachhaltige Haushaltspolitik zu überspringen, welches eigene Profil wäre durchzukämpfen?

Thema soziale Gerechtigkeit: In einer Koalition mit der SPD müssten die Grünen dafür eintreten, das Armut und soziale Desintegration nicht mit den Mitteln eines *abgrenzenden Paternalismus* betrieben wird. In der aktuellen Debatte um die so genannten „Unterschichten“ sendet die Kurt Beck-SPD eine Doppelbotschaft aus: Die „Unterschichten“ sind immer die anderen, unsere Klientel sind die guten alten Arbeitnehmer. Aus dieser rhetorisch gesicherten Position heraus tritt die SPD zugleich als Fürsorger auf – nach dem Motto: Wir kümmern uns um euch! Prinzipiell richtig ist die Aufforderung zu mehr Eigenverantwortung. Wichtig ist aber, dass sie gesellschaftlichen Realitäten anerkennt, bevor sie Menschen pauschal vorwirft, es sich bequem zu machen.

Die paternalistische Draufsicht von oben übersieht einerseits, dass längst auch die klassische Mittelschicht von Prekarisierung und Abstiegsängsten betroffen ist. Andererseits erkennt sie die, die ‚draußen‘ sind, nicht wirklich als gleichberechtigte Bürger an. Mit ihrem weiteren, unabhängigen Blick, der nicht durch die Brille einer sekuritätsbedürftigen Arbeitnehmerklientel gefiltert ist, hätten die Grünen in einer Koalition mit der SPD soziale Unsicherheit als *gesamtgemeinschaftliches* Problem zu thematisieren, wobei selbstverständlich für unterschiedliche Formen der Verunsicherung in den verschiedenen gesellschaftlichen

Milieus unterschiedliche politische Lösungen gefunden werden müssen. Das junge Prekariat hat andere Probleme als Langzeitarbeitslose. Vor allem aber haben Grüne ein Menschenbild, das die vom Arbeitsmarkt ‚Abgehängten‘ nicht als passive Objekte der Fürsorge behandelt, sondern als potenziell aktive Teilnehmer des gesellschaftlichen Lebens mit sozialen Bürgerrechten anerkennt. Das Problem des Paternalismus, der sozial Unterprivilegierte gerne mehr als Objekte denn als Subjekte ansieht, gäbe es auch in einem Bündnis mit der Union. Außerdem müssten die Grünen hier vehement gegen ein *repressives* Verständnis von Sozialpolitik angehen. Das grüne Grundsicherungskonzept ist ein klares Gegenmodell zu den von Unionspolitikern geforderten Kürzungen bei Sozialleistungen und zu dem pauschalen Mantra des „Mehr Fordern“, bei dem das individuelle *Fördern* und die Botschaft, dass jede und jeder gebraucht wird, allzu schnell in den Hintergrund treten. Auch in der aktuellen, parteiübergreifenden Debatte um das Grundeinkommen kommt dieser Aspekt zu kurz. Wir brauchen vielschichtige Lösungen und ein politisches Projekt für mehr gesellschaftliche Teilhabe, anstatt mit dem Grundeinkommen eine trügerische Stilllegung der gesellschaftlichen Konflikte durch bloße Transferleistungen zu versprechen.

Thema Ökologie: Auch wenn Sigmar Gabriel einen durchaus rührigen Minister abgibt, lehrt uns die eigene rot-grüne Erfahrung, dass Umweltpolitik in der SPD mehrheitlich unter ökonomischen Prämissen behandelt wird: Gut ist sie dann, wenn sie Arbeitsplätze schafft und den Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb stärkt; wenn es aber um Umwelt als Eigenwert geht, verkommen Ökologie und Energiewende in der SPD schnell zu subalternen Schönwetterthemen – siehe die nochmalige Verlängerung der Kohlesubventionen, die kostenlosen ‚Verschmutzungsrechte‘ für Kohlekraftwerke und die unbefriedigende Klimaschutz-Politik. Zwar ist es erfreulich, dass die SPD bis jetzt zumindest bei den Laufzeiten für Atomkraftwerke nicht hinter grüne Positionen zurückfällt; doch schon bei der Endlagerfrage äußert sich Sigmar Gabriel mehr als doppeldeutig.

Mit der Union täten sich ähnliche Probleme auf, auch wenn es dort wegen der christlichen Tradition ein stärkeres Bekenntnis zur Schöpfung als Wert an sich gibt. Dieses verstummt aber schnell, wenn es um knallharte ökonomische Interessen geht – siehe etwa die mit grünen Positionen unvereinbare Atomenergie-Politik. Ob mit Union oder SPD: In beiden Konstellationen stünden die Grünen für die offensive Vermittlung von Innovation und Werteorientierung, von Standortpolitik und Bewahrung der uns mitgegebenen Umwelt. Zugleich hätten wir in beiden Fällen für einen erweiterten Umweltbegriff zu streiten, der den

ökologischen Ansatz auf die kulturelle und mentale Umwelt ausdehnt und menschliche Kreativität unterstützt und fördert.

Thema Integration und Migration: Für Grüne ist die multikulturelle Gesellschaft ein Wert an sich, sie steht für eine Vielfalt der Lebensformen, in der jede und jeder mit anderen Lebensstilen und Ansichten konfrontiert wird. Die Debatte über eine *deutsche* Leitkultur, wie sie von Teilen der Union geführt wird, widerspricht diesem Ansatz fundamental. Doch auch bei der SPD gibt es immer noch den Reflex, ähnlich wie bei den so genannten „Unterschichten“, die eigene Arbeitnehmerklientel gegen ‚feindliche‘ Milieus abzugrenzen und – im Falle der Migrantinnen und Migranten - vor jenen zu schützen, die von außen kommen mögen und ihnen Arbeitsplätze wegnehmen könnten oder denen, die bereits da sind, den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verwehren. Von dem ökonomistischen Verständnis der CDU/CSU und ähnlichen Tendenzen in der SPD unterscheiden wir uns grundlegend. Wir treten nicht nur für eine humanitäre Flüchtlingspolitik, sondern auch für würdige Lebensbedingungen für Asylsuchende in unserem Land ein. Mit der SPD zu Zeiten Otto Schilys war es nicht möglich, menschenrechtliche Mindeststandards für illegal in Deutschland lebende Menschen durchzusetzen. In der SPD gibt es dennoch wohl mehr Partner für eine humanitäre und zukunftstaugliche Einwanderungs-, Asyl- und Integrationspolitik. Eine umfassende Idee von Migration und Integration in grünem Sinne müsste aber gegen beide Parteien offensiv durchgesetzt werden.

Thema Feminismus: Der Modernisierungsimpuls, den Ursula von der Leyen in der CDU gesetzt hat, ist anzuerkennen. Doch hört man von ihr in der Familienpolitik zwar viel, jenseits davon tut sie für Frauen wenig. Frauen kommen in der Politik der Union meist nur als Mütter oder als Opfer von Frauenhandel und Zwangsheirat vor. Als eigenständige Subjekte mit eigenen Teilhaberechten spielen sie eine untergeordnete Rolle. Chancengerechtigkeit jenseits der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in der Union kein wichtiges Thema, ebenso dass Frauen nach wie vor eine systematische Förderung verdienen, damit sie in männlich dominierten Strukturen Fuß fassen zu können. Bei der SPD gibt es traditionell eine fördernde Frauenpolitik, die aber stark paternalistische Züge trägt. Im Zweifelsfall wollen die Männer doch lieber unter sich bleiben, die „Chefetage“ der SPD ist denn auch bis heute ein Männerverein geblieben. Das Ansinnen von Andrea Nahles war jedenfalls nicht sehr erfolgreich. In beiden Bündnissen stünden die Grünen deshalb für einen neuen und modernen

Feminismus, der sich, siehe oben, nicht allein auf Familienpolitik beschränkt, sondern Geschlechterverhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltiger verändert

Thema nachhaltige Finanzpolitik: Eine Politik der konsequenten Haushaltskonsolidierung ist sowohl mit der Union als auch mit der SPD ein schwieriges Unterfangen. Die von der FDP vertretene Stigmatisierung von Steuereinnahmen steht in einem deutlichen Widerspruch zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung, die sich eben nicht auf eine reine Verschlinkung des Staates verkürzen lassen darf. Die Liberalen beschneiden mit eindimensionalen Ausgaben- und Einnahmenreduzierungsprogrammen in erster Linie die staatliche Gestaltungskraft. Für die Grünen ist die Zukunft aber keine Spardose, sondern eine Investitionsentscheidung. Dazu ist es notwendig ein traditionelles Staatsverständnis zu überdenken und lieb gewonnene Besitzstände aufzugeben. Das tendenziell eher staatszentriertes Weltbild der Sozialdemokratie erschwert eine Aufgabenkritik in vielen Bereichen eines oftmals interventionistischen Staates. Die Schnittmengen mit dem bürgerlichen Lager kommen auf der anderen Seite immer dann an ihre Grenzen, wenn es an die inhaltliche Prioritätensetzung geht, die das traditionelle Werteverständnis tangiert. Worte und Taten liegen bei der Union oftmals weit auseinander. Die WASG/ PDS hat sich auf Bundesebene durch vielfach populäre, oftmals auch populistische, ausgabenintensive Vorschläge von einer realistischen Haushaltspolitik verabschiedet. Und „Weiter-so“ heißt ihr Motto in der Sozialpolitik. Damit gaukeln sie vermeintliche Sicherheit für die Gegenwart vor und vergessen dabei, dass es auch eine Zukunft gibt.

Die nur begrenzten Überschneidungen mit den andern Parteien machen deutlich, dass sich Grüne in der Finanz- und Haushaltspolitik deutlich von Vertretern aus den andern Lagern abhebt. Dies sehen wir als Stärke, nicht als Schwäche.

Andere Streitpunkte und mögliche Widersprüche kämen natürlich noch hinzu, etwa Großindustrie vs. Mittelstand oder Wirtschaftsbeziehungen vs. Menschenrechte. Der in der Opposition nicht ermüdete grüne Gestaltungswille und eine von Lagerdenken unberührte Unabhängigkeit sollten uns trotz der anhaltenden Rollensuche und öffentlicher Wahrnehmungsdefizite aber genügend Selbstbewusstsein geben, um uns in der Zeit nach den Lagern und nach den schillernden Projekten auf neue oder alte Bündnisse konstruktiv einzulassen.